

Die Kriegsjahre 1914–1918 im mittleren Ostertal

Die Stimmung in der Bevölkerung bei Kriegsausbruch

Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers am 28. Juni 1914 in Sarajevo schreckte die Menschen in ganz Europa auf. Die Gefahr eines Krieges, ja eines europäischen Krieges, stand greifbar im Raum. Am 1. Juli schrieb der Kuseler Anzeiger: "Immer dichter ballen sich die Wolken, aus denen der Blitzstrahl zucken wird, zucken muss! Deutschland, sei stark, einig und bereit!" Nachdem in den folgenden drei Wochen eine leichte Beruhigung eingetreten war, lehnte Österreich am 27. Juni ein serbisches Verhandlungsangebot ab und begann mit der Mobilmachung. Unter der Schlagzeile "Der Krieg" meldete der Kuseler Anzeiger: "Die Alarmnachrichten aus Wien und Petersburg haben auch in Kusel ein außerordentlich gespanntes Interesse hervorgerufen. In regelrechter Belagerung wurde der Anschlag der eingetroffenen Nachrichten vor unserer Redaktion am gestrigen Sonntag verfolgt. Nach den neuesten Meldungen ist die Lage stagnierend. Ein Schuß ist noch nicht gefallen, eine offizielle Kriegserklärung noch nicht erfolgt. Die Diplomatie ist fieberhaft tätig, den Konflikt zumindest zu lokalisieren und den Beginn der Feindseligkeiten hinauszuziehen."



Niederkirchen im Ostertal
in den 1920-er Jahren
(Privatbesitz)

Das mittlere Ostertal mit den sieben Gemeinden Bubach, Hoof, Marth, Niederkirchen, Osterbrücken, Saal und Selchenbach (Bürgermeisterei Niederkirchen im Ostertal) gehörte seit 1816 zum pfälzischen Bezirksamt Kusel und kam erst 1947 (ohne Selchenbach) zum saarländischen Kreis St. Wendel. Im Bezirk Kusel erschienen zwei Tageszeitungen: der „Kuseler Anzeiger“ und die „Kuseler Zeitung“. In der Bevölkerung begann nach dem Attentat auf den österreichischen Thronfolger ein Hoffen und Bangen: Wird Deutschland in den Krieg hineingezogen oder nicht? Bei einer sozialdemokratischen Antikriegsdemonstration am 27. Juli in Frankenthal verabschiedeten die Teilnehmer eine Resolution, in der die deutsche Regierung aufgerufen wurde, mit allen Mitteln den Frieden zu erhalten. In Pirmasens dagegen kam es zu einer begeisterten Kundgebung für Österreich-Ungarn, in der man dem deutschen Kaiser Dank für die deutsche Bündnistreue aussprach. Am 28. Juli aber hieß es dann im Kuseler Anzeiger: "Die Würfel sind gefallen. Österreich-Ungarns und Serbiens Armeen stehen sich auf Kampf und Sieg gegenüber."

Während der Kuseler Arbeiterverein sein geplantes Sommerfest auf unbestimmte Zeit verschob, fand die Probefahrt der neuen Motorpostlinie zwischen Kusel und Schönenberg statt. Auf der strategischen Eisenbahnlinie zwischen Kusel und Landstuhl wurden Soldaten und bewaffnete Bahnangestellte zur Bewachung der Strecke und der Brücken eingesetzt. In den Städten und Gemeinden setzte ein Sturm auf die Lebensmittelgeschäfte ein. In Kusel "bemächtigte sich die Spekulation der Umstände. Bei einigen Geschäften gingen die Preise für einzelne Artikel rapid in die Höhe, was die Käufer aber nicht abhielt. Kinder und Frauen schleppten das Gekaufte nach Hause." An den Anschlagkästen der beiden Kuseler Zeitungen drängten sich die Menschen, um die neuesten Nachrichten zu erfahren. Am 1. August wurde die deutsche Mobilmachung amtlich bekanntgemacht. In den Gemeinden verlasen die Polizeidiener den Text auf der Straße. In Kusel löste die Mitteilung "ein Gefühl der Befriedigung aus insofern, als mit dieser Entscheidungen dem Hangen und Bangen ein Ende gemacht war." Am Abend kam es in der Stadt zu einer spontanen Kundgebung. In geschlossenen Reihen zogen junge Leute aus Kusel und Diedelkopf durch die Straßen und sangen patriotische Lieder.

Anders war dagegen die Stimmung in Fürth im Ostertal. Als dort am 31. Juli die Versetzung in den Kriegszustand bekannt gemacht wurde, entstand größte Aufregung. "Die Frauen und Mädchen sind nicht von der Straße zu bringen. Alles heult sich die Augen rot." In Werschweiler war man etwas zurückhaltender. "Wohl sieht man auch verweinte Augen, aber man faßt sich doch; es ist nun einmal nichts zu ändern." Der Osterbrücker Lehrer Steiger notierte im Schultagebuch: "Deutschland unter die Waffen! Es gilt, das Heiligste zu schützen mit dem Schwert. Die Kinder wurden auf den Ernst der Stunde hingewiesen und durch Wort und Sang für unser Vaterland begeistert. Gott sei unserer gerechten Sache gnädig und sende den Sieg herab auf unsere Fahnen! Wenn Fürst und Volk zusammenstehn, kann nie das Reich zu Grunde gehn!"

Die Gottesdienste, die am Sonntag, dem 2. August, stattfanden, waren alle sehr gut besucht. In vielen Kirchen fanden nach dem Beispiel des Kriegsjahres 1813 Abendmahlsfeiern statt, an denen vor allem die Soldaten, die einrücken mussten, und ihre Angehörigen teilnahmen. In einigen Gemeinden des Kreises wurden solche Feiern auch in Schulhäusern, ja sogar in Privatwohnungen abgehalten. Die Geistlichen erklärten sich bereit, auch in den Tagen danach zu jeder Zeit zu diesem Dienst bereit zu sein. Die Stimmung war "eine ernste, allenthalben herrschte ruhige Entschlossenheit und festes Vertrauen auf den treuen Gott, der die gerechte Sachen zum Siege führen wird."

An die Angehörigen der Soldaten richtete sich ein Artikel des Kuseler Anzeigers: "Eure Söhne, eure Männer ziehen hinaus, dem unbekanntem Schicksal entgegen. Nicht kleinmütig tun sie's; im Gefühl der eisernen Notwendigkeit erstarkt ihr Bewußtsein, daß die Würde und Ehre des deutschen Mannes das Opfer fordert, dem Ruf der Fahne zu folgen und mit Gut und Blut den heimischen Herd zu verteidigen. Seit auch Ihr tapfer und mutig gesinnt und opfert die Gefühle Eures Herzens auf dem Altar des Vaterlandes!"

Auch in literarischer Form versuchte die Zeitung ihren Lesern die Notwendigkeit des Krieges und die Überzeugung von einem siegreichen Ende zu vermitteln. Am 3. August veröffentlichte sie das Gedicht "Mit Gott voran, Germania!" von Carl August Fickeisen aus Ulmet:

Mit Gott voran, Germania!

Die Zeit des großen Sterbens,

Der unheilschwang're Tag ist nah,

Die Stunde des Verderbens.

Doch nicht für uns, nein, für den Feind!

Marschiert getrennt, doch schlägt vereint!

O hört die Siegestöne,

Ihr deutschen Heldensöhne!

Von selbst der deutsche Säbel springt

Heraus aus seiner Scheide,

Hell in der Luft die Kugel singt,

Voll rechter Kampfesfreude.

O deutsches Volk, so eins, so stark,

Mit solcher Kraft, mit solchem Mark:

Gott kann nicht anders wollen,

Als dass wir siegen sollen!

Als nach dieser Veröffentlichung eine große Anzahl von Gedichtmanuskripten bei der Redaktion einging, bat diese, von weiteren Zusendungen abzusehen, da man sie aus Gründen der Gleichbehandlung nicht abdrucken könne. Auch örtliche oder regionale Vorkommnisse, die einen Bezug zur Kriegslage hatten, durften nun nicht mehr veröffentlicht werden: "Infolge Verhängung des Kriegszustandes, dessen gesetzliche Bestimmungen auch der Presse außerordentliche Zurückhaltung zur Pflicht machen, sind wir veranlaßt, von jeglicher Besprechung der lokal-öffentlichen, mit dem Ausnahmezustand zusammenhängenden Vorgänge Abstand zu nehmen."

In der deutschen Öffentlichkeit wurde von Anfang an der Eindruck vermittelt, es handle sich um einen reinen Verteidigungskrieg. Noch vor der Mobilmachung verkündete Kaiser Wilhelm II. einer jubelnden Menschenmenge vor dem Berliner Schloss: "Neider überall zwingen uns zu gerechter Verteidigung. Man drückt uns das Schwert in die Hand." Der Kuseler Anzeiger schrieb am 2. August: "Das Vaterland, das rings vom Feind bedrohte, ruft nach 44 Jahren wieder seine Söhne zum Kampf. Heute und die letzten Tage haben es aller Welt offenbart, wie willig es diesem Kampf aus dem Wege gegangen (...) Vergebens, der böse Nachbar hat die Hand, die sich ihm entgegenstreckte, ausgeschlagen. Krieg soll auch über unser Vaterland kommen." Und eine weitere Zeile aus Fickeisens bereits zitiertem Gedicht lautete:

Gott Lob und Dank, wir sind es nicht,

Die erst den Pallasch schliffen,

Der Gegner schlug uns ins Gesicht,

Wir werden angegriffen!"

Die Jugend, die nach den langen Friedensjahren von den Älteren oft skeptisch betrachtet worden war, erschien nun in einem ganz anderen Licht. "Das sind unsere Krieger, so frisch wie der junge Frühling. Starke Kraft und lachender Humor. Wem noch bange ist, der gehe hinunter und sehe sie; und mit Zuversicht und Vertrauen kommt er zurück. Die müssen siegen! Wir haben manchmal an unserer Jugend schier verzagen wollen, sie schien uns zu gleichgültig und fast blasiert. Aber das war alles nur Firniß. Es war weggespült, als die Kriegswohle darüber hinging. Und was zum Vorschein kam, das war urdeutsch, das alte deutsche Wesen unserer Großväter von 1813 und unserer Väter vom Jahre 1870."

Im Reichstag stimmten die Parteien den Kriegskrediten zu, auch die Sozialdemokraten, die bisher stets als "vaterlandslose Gesellen" beschimpft worden waren. Die Parteien schlossen für die Dauer des Krieges einen "Burgfrieden", indem sie versicherten, auf die öffentliche Austragung von Meinungsverschiedenheiten verzichten zu wollen. Der Kaiser sprach das Wort: "Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche." Die von vielen oft vermisste innere Einheit schien Wirklichkeit geworden zu sein. Und doch bestand die Einheit nur in der Stimmung des Augenblicks. Die unerwartet lange Dauer des Krieges, durch die dem Volk immer schwerere Belastungen zugemutet wurden, ließ die unterschiedlichen Standpunkte und die gravierenden sozialen Unterschiede bald wieder hervortreten.

Kriegsalltag in der Heimat

Wie schon in früheren Kriegen, schwirrten auch diesmal zu Beginn der militärischen Auseinandersetzungen allerlei Gerüchte von Kämpfen und Zwischenfällen durch die Luft, die allzu gern aufgenommen und weitergetragen wurden. Dazu mögen tatsächliche Ereignisse beigetragen haben wie etwa die Landung eines französischen Flugzeugs bei Wiebelskirchen am 28. Juli 1914, in den

allermeisten Fällen aber blieb es beim Gerücht. Der Kuseler Anzeiger mahnte seine Leser, es dürfte jedermann gut tun, sich im Weiterverbreiten solcher Gespräche zurückzuhalten: "Es erspart sich und der Öffentlichkeit manche Beunruhigung oder Enttäuschung." Als sich immer mehr Bürger mit Anfragen an die Zeitung wandten, ob ein bestimmtes Gerücht wahr sei, bat das Blatt, dies zu unterlassen. Vorgänge von Bedeutung bringe man sofort durch Extrablatt zur Kenntnis. Im Übrigen wäre zu wünschen, dass die Bevölkerung Gerüchte ignoriere. Als bei der Ankunft mehrerer fremder Fahrzeuge in Kusel wieder einmal die Presse angesprochen wurde, sah sich der Kuseler Anzeiger zu einer deftigen Antwort veranlasst: "Die Spionenriecherei treibt derartig abnorme Blüten, dass man geneigt ist, eine lächerliche Kriegsfurcht dahinter zu suchen." Als an einem Sonntagmorgen in Werschweiler im Ostertal die Straßen gesichert werden mussten, weil ein Geldtransport durchfuhr, sahen die Einwohner auch hier Spione am Werk. Man richtete daher eine ständige Dorfwache ein. Mit einem alten Säbel und Knüppeln ausgerüstet, stand ein Kommando am Schützenhaus und hielt scharfe Ausschau nach verdächtigen Gefährten. Es dauerte einige Zeit, bis sich der "Spionenstrom" gelegt hatte.



Das Lazarett in Kusel 1915
(Privatbesitz)

Durch die Einberufung der Soldaten und die umfangreichen Maßnahmen zur Sicherstellung der Volksernährung vermehrte sich die Arbeit in den Stadt- und Gemeindeverwaltungen beträchtlich; in der Regel musste zusätzliches Personal eingestellt werden. Im Rückraum der Kampfgebiete mussten Lazarette errichtet werden; in der Pfalz waren es 1915 insgesamt 61, davon sieben im Bezirk Kusel: in Altenglan (36 Verwundetenplätze), Glan-Münchweiler (45), Kusel (150, aufgeteilt auf Luitpoldschule und Vereinsturnhalle), Lauterecken (66), Miesau mit Schönenberg (117), Waldmohr (60) und Wolfstein (40 Verwundetenplätze). In der gesamten Pfalz betrug die Zahl der Verwundetenplätze 17.655.

In den Geschäften mussten Kunden mitunter die Erfahrung machen, dass Papiergeld als Zahlungsmittel nicht angenommen wurde. Man war besorgt, das Papiergeld behalte durch den Krieg nicht seinen bisherigen Wert. Die offiziellen Stellen mussten daher mehrfach darauf hinweisen, dass Papiergeld gesetzliches Zahlungsmittel und daher "genauso gut wie das Gold und das Silber" sei. Ebenso musste klargestellt werden, dass der Krieg Schuldner nicht von ihren Verpflichtungen befreite: "Es ist noch immer die irrtümliche Ansicht verbreitet, dass fällige Geschäftsschulden infolge des Krieges nicht mehr bezahlt zu werden brauchten. Die bestehenden Rechtsverhältnisse werden aber durch den Krieg nicht berührt."

Der Ausbruch des Krieges fiel mitten in die Erntezeit. Durch die Einziehung der Soldaten fehlten diese jedoch als landwirtschaftliche Arbeiter, was die Einbringung der Ernte bedeutend erschwerte. Kinder und ältere Frauen mussten verstärkt mithelfen, später linderte die Zuweisung ausländischer Kriegsgefangener die Schwierigkeiten etwas. Die Volksschulen wurden bis Mitte Oktober geschlossen. Aber auch danach fehlten noch immer viele Schüler im Unterricht, weil sie in der Landwirtschaft helfen mussten.

Hart trafen die Bauern die Pferdeaushebungen. In vielen Fällen versuchte man das Problem durch Nachbarschaftshilfe zu lösen. Allerdings konnten Ostertaler Bauern noch im Herbst 1915 der Militärverwaltung Pferde zum Verkauf anbieten. Die Preise lagen dabei zwischen 700 und 1000 Mark pro Pferd. Gleich nach Kriegsbeginn kauften die Militärbehörden zur Versorgung des Heeres große Mengen an Getreide auf. Dabei lieferten die Ostertaler Landwirte auch 1000 Zentner Korn und 800 Zentner Hafer an die benachbarten preußischen Behörden. Trotzdem standen im Oktober 1914 in den sieben Gemeinden noch immer rund 2.900 Zentner Hafer als verkäuflich zur Verfügung. Die Einnahmen aus den Militärverkäufen glichen den Bauern die Verluste weitgehend aus, die dadurch entstanden waren, dass die Produkte seit Kriegsbeginn nicht mehr auf den üblichen Wegen abgesetzt werden konnten.

Gleich nach Kriegsbeginn war ein Reichsgesetz erlassen worden, wonach für Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere für Lebens- und Futtermittel, Höchstpreise festgesetzt werden konnten. Dies führte jedoch bald dazu, dass die Landwirte die Höchstpreise als Mindestpreise ansahen, was das Preisniveau erheblich ansteigen ließ. Die sich anbahnende staatliche Bewirtschaftung, die den Landwirten Sicherheit im Absatz gab, stärkte das Selbstbewusstsein der Bauern, bei denen oft der finanzielle Verdienst im Vordergrund stand. Schäden richtete die Maul- und Klauenseuche an, die im Herbst 1915 in den Ställen der Bauern grassierte.

Der Unterricht in den Volksschulen wurde durch die Kriegsereignisse in vielfältiger Weise beeinflusst. Der Lehrer in Osterbrücken notierte: "Soweit es die Zeit zulässt, wird Kriegsunterricht getrieben. In Wort und Bild werden die Beziehungen zum Völkerkrieg geknüpft, Siege gefeiert, der braven Truppen gedacht, die gefallenen Helden geehrt, in Werk- und Sonntagsschule die jugendlichen Herzen für die große Zeit, für unser teures Vaterland und für unseren erhabenen Kaiser begeistert. (...) Auf Schritt und Tritt sollen die Kinder ahnen, wie herrlich und wunderbar Gott uns führt durch Kampf zum Sieg, durch Kreuz zur Kron (...)"

In der Folgezeit fiel der Unterricht des Öfteren aus, weil die Lehrer im Rahmen der Organisation der Kriegswirtschaft zu Viehzählungen, Getreideaufnahmen und Ernteflächenerhebungen herangezogen wurden. Mitunter gab es auch schulfrei wegen militärischer Erfolge, etwa am 24. Dezember 1915 wegen der Einnahme von Bukarest. Nach der Seeschlacht am Skagerrak im Juni 1916 machte die Osterbrücker Schule einen Ausflug zum Weiselberg, wo eine Feier stattfand. An anderen "freudevollen Sieges- und

Jubeltagen" wurde der Unterricht ausgesetzt und die Bedeutung der Siege gewürdigt. Aber auch Trauerfeiern für Gefallene fanden in den Schulsälen statt. Sie wurden "durch gesangliche und deklamatorische Verträge der Kinder verherrlicht."

Auch an der Sammlung von "Liebesgaben" beteiligten sich die Schulen. Besonders tat sich hier der Bubacher Lehrer Jakob König hervor. Die beiden Konfirmationsjahrgänge der Werschweiler Schule trugen von Kriegsausbruch bis Weihnachten 1914 zwei- bis dreimal in der Woche Milch zum St. Wendeler Bahnhof, mit der der Vaterländische Frauenverein des Roten Kreuzes die durchfahrenden Soldaten erfrischte. Als ab Herbst 1916 die Lebensmittel immer knapper wurden, beteiligten sich die Schulkinder an der Sammlung von Früchten und Pflanzen. Die Bubacher Schule sandte den einheimischen Soldaten im Felde täglich die Zeitung zu.

Informationen über den Kriegsverlauf erhielt die Bevölkerung vor allem durch die Tageszeitungen. Wie die meisten Blätter druckte der „Kuseler Anzeiger“ regelmäßig die "Mitteilungen der Obersten Heeresleitung" ab, die gegliedert waren in die Abschnitte "Vom westlichen Kriegsschauplatz", "Vom östlichen Kriegsschauplatz" und "Der Seekrieg". Fast ausschließlich wurde von Erfolgen berichtet: "Das war gestern ein Jubeltag, als die Siegesglocken durch deutsche Land verkündeten: Warschau ist genommen!" Oder: "Wieder waren die Glocken gestern Nachmittag Verkünder eines neuen Sieges. In Galizien ist die Armee Mackensen in die dritte Phase ihres Siegeslaufes eingetreten."

Hin und wieder druckte der Kuseler Anzeiger patriotische Gedichte ab wie das des Konker Lehrers Gärtner (Auszug):

"Und sollte das Schicksal es fügen,

Und droht uns die höchste Not,

Dass sterben wir sollen beim Siegen,

Wir gehn mit 'Hurra' in den Tod!"

Aber auch inhumane und geschmacklose Zeilen brachte das Blatt:

"Wenn's Russenblut regnet und Italienerköpfe schneit,

Dann bitten wir den Herrgott, dass das Wetter so bleibt."

Dazu passten dann auch solch zackige Formulierungen aus der Propaganda wie:

"Jeder Stoß, ein Franzos! Jeder Schuss, ein Ruß! Jeder Tritt, ein Britt!"



Gefallenen-Anzeige
(Kuseler Anzeiger vom
16.11.1915)

Bald nach Kriegsbeginn musste die Zeitung auch über erste Menschenverluste berichten. Am 7. August 1914 hieß es: "Der Krieg fordert seine Opfer. Als tot sind amtlich gemeldet ein Sohn des Herrn Mann in Steinbach und ein Lehrer aus Brücken." In einem Bericht aus dem Ostertal vom 16. Oktober 1914 wird gemeldet: "Nachrichten vom Kriegsschauplatz erhalten wir alle Tage, gute und weniger gute. Das Bürgermeisteramt hat bereits vier Totenakten vollzogen. Als verwundert ist neuerdings gemeldet der Lehrerpraktikant Walter Cullmann, als gefangen in Südfrankreich der Bergmann August Stamm, beide aus Niederkirchen." Die Verlustmeldungen erschienen zum Teil als redaktionelle Meldungen, zum Teil als Anzeigen der Familien.

Die Gefallenenmeldungen ließen in der Bevölkerung bald Ernüchterung einkehren. Die meisten hatten bei Kriegsausbruch an einen kurzen, siegreichen Feldzug wie 1870/71 geglaubt und mussten nun feststellen, dass dieser Wunsch nicht in Erfüllung ging. Der anfangs so enthusiastische Osterbrücker Lehrer Steiger schrieb am 23. Dezember 1914 ins Schultagebuch: "Weihnachtsglocken - aber keine Friedensglocken. Herr, lass Deinem Volke bald die Sonne eines ehrenvollen Friedens leuchten!" Am 1. Mai 1915 notierte er: "Immer noch nicht die geringste Aussicht auf den heiß ersehnten Frieden." Auch an der Front war man mittlerweile skeptisch hinsichtlich eines baldigen Kriegsendes. Aus dem russischen Bialas schrieb der Selchenbacher Infanterist Ludwig Harth im März 1916 an Adam Morgenstern aus Selchenbach: "Lieber Nachbar Adam, habe Deine Karte mit bester Gesundheit erhalten und hoffe, daß auch Dich die Karte gesund antrifft. Die Fortschritte, die es gegeben hat, haben wir auch hier erfahren. Aber bis der Friede kommt, werden wir noch warten müssen."

Zwei Hauptgründe waren es, die bei anhaltender Kriegsdauer die in der Bevölkerung anfangs durchaus vorhandene Zuversicht immer stärker beeinträchtigten: die exponierte Lage der Pfalz in unmittelbarer Nachbarschaft zum Kriegsgegner Frankreich und die mit der Zeit immer mehr zunehmenden Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung. Schon wenige Monate nach Kriegsbeginn berichtete die Regierung der Pfalz nach München, es habe sich in den ersten Wochen nach der Mobilmachung in manchen Gegenden eine gewisse Aufregung bemerkbar gemacht wegen der Ungewissheit, ob sich der Krieg nicht in die Pfalz verlagern werde. Doch sei diese Besorgnis mit der günstigen Entwicklung der Kriegslage immer mehr gewichen. Die Bevölkerung sei jetzt durchweg von dem Bewusstsein durchdrungen, dass unbedingt bis zur Erreichung eines ehrenvollen Friedens durchgehalten werden müsse. Aber schon Anfang 1915 wurde von der Speyerer Regierung darauf hingewiesen: "Je mehr sich der Krieg in die Länge zieht, um so lebhafter wird dabei allerdings der Wunsch, dass dieses Ziel möglichst bald erreicht werden möge."

Anfang 1917 gingen der Regierung in München aus militärischen Kreisen Mitteilungen zu, wonach die Stimmung in der Pfalz sehr schlecht geworden sein solle. Es bestehe nicht nur Sorge wegen eines Einfalls feindlicher Truppen in die Pfalz, sondern die Kriegsmüdigkeit habe auch den vaterländischen Sinn der Bevölkerung erschüttert. Man bekomme überall zu hören, es sei schließlich gleichgültig, ob man bayerisch und deutsch oder französisch sei, schlimmer könne die Steuerlast unter französischer Herrschaft auch nicht werden. Es komme jetzt nur darauf an, dass der Krieg endlich aufhöre.

In seiner Stellungnahme räumte der Kuseler Bezirksamtmann zunächst ein, dass es in weiten Kreisen eine gewisse Kriegsmüdigkeit gebe. Diese sei die natürliche Folge der Nahrungsmittelknappheit, der Sorge um die im Felde stehenden Angehörigen und der Schwierigkeit, mit den vorhandenen Kräften die Betriebe aufrecht zu erhalten. Es könne aber keine Rede davon sein, dass die Kriegsmüdigkeit den vaterländischen Sinn der Bevölkerung ungünstig beeinflusst oder Zweifel am endgültigen Sieg ausgelöst habe. Wenn auch die Räumung lothringischer Orte, die Verlegung des großen Hauptquartiers nach Kreuznach, die geplante Errichtung von Fliegerbeobachtungsposten und das Auftauchen feindlicher Flieger in der Westpfalz den Leuten die Nähe des Kriegsschauplatzes stärker zum Bewusstsein gebracht habe, so sei die Bevölkerung doch fest davon überzeugt, dass den Feinden ein Durchbruch niemals gelingen werde. Wenn vereinzelte Stimmen der von München bezeichneten Art laut geworden seien, so sei dies nach seiner Erfahrung auf die Einwirkung unzufriedener Soldaten zurückzuführen, die in Briefen oder auch während des Urlaubs den Rat gäben, keine Kriegsanleihen mehr zu zeichnen oder die Felder nicht zu bestellen, insbesondere keine Kartoffeln anzubauen, weil dies das sicherste Mittel sei, den Krieg rasch zu beenden. Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung wolle aber von solchen Machenschaften nichts wissen und weise sie mit Entrüstung zurück.

Unmittelbaren akustischen Kontakt zur Westfront hatte die saarländische und westpfälzische Bevölkerung schon seit Beginn des Krieges. Mitte Oktober 1914 berichtete der Kuseler Anzeiger: "Seit

Wochen schon wird auf unseren Höhen täglich starker Geschützdonner aus westlicher Richtung vernommen. Die einen vermuten dahinter Schießübungen auszubildender Mannschaften bei St. Wendel, die anderen glauben an die Wirkung des Bombardements von Verdun oder Thoul. Die Letzteren dürften Recht haben." Am 18. Januar 1915 heißt es in der Zeitung: "Eine furchtbare Kanonade, die schon nachts begann und dann tagsüber zu einer Stärke sich entwickelte, wie sie noch nicht wahrgenommen wurde, dröhnte gestern aus südwestlicher Richtung zu uns herüber. Die Franzosen hatten anscheinend ihrem Sonntagsmorgen-Konzert von Verdun ein besonders festliches Programm gegeben."

Ab dem Frühjahr 1915 kam der Krieg auch ganz direkt ins Land. Der erste Angriff französischer Flugzeuge galt am 27. Mai 1915 einer Pulverfabrik in Ludwigshafen. Im August wurden Saarlouis und Zweibrücken angegriffen, im September Saarbrücken, wobei es drei Tote und sechs Schwerverletzte gab. Der 11. Dezember 1917 sollte auch den Ostertälern "als ein Tag des Schreckens" in "ewiger Erinnerung" bleiben. Nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr hörten die Menschen plötzlich das Surren und Summen der feindlichen Flieger, ohne sie allerdings sehen zu können. Dann schlugen in und um Dörrenbach etwa zwanzig Bomben ein. Ein Splitter traf den achtjährigen Ernst Wern, der sich auf einer Eisfläche in der Nähe der Dörrenbacher Schule aufhielt, und verletzte ihn tödlich.

Während des gesamten Kriegsverlaufs wurden in der Heimat die verschiedensten Sammlungen organisiert, die Hilfsorganisationen wie dem Roten Kreuz, aber auch unmittelbar den Soldaten an der Front zugute kamen. Bereits Mitte Oktober 1914 waren im Bezirksamt Kusel rund 40.000 Mark für Zwecke des Roten Kreuzes zusammengekommen. Im Ostertal engagierten sich besonders der Bubacher Lehrer König und der Marther Lehrer Weis für die Sammlungen. Im Zusammenwirken mit den Bubacher Schülerinnen und Schülern sammelte König im August 1914 für das Lazarett in der Kuseler Turnhalle einen Bargeldbetrag von 337 Mark sowie Handtücher, Leintücher, Bettbezüge, Kissen sowie Esswaren im Wert von rund 700 Mark. Im Oktober kam für ein Lazarett in Neunkirchen ein großer Brauereiwagen voll Kartoffeln, Gemüse und Äpfel zusammen. Unter Anleitung der Ehefrau des Lehrers strickten die Schülerinnen der höheren Klassen Handschuhe, Pulswärmer und Brustschützer, die den Bubacher Soldaten an der Front zugeschickt wurden. Ferner erhielt jeder von ihnen ein Weihnachtspaket.

Bei einer protestantischen Kirchensammlung für die Kriegsgeschädigten in Ostpreußen und Elsass-Lothringen kamen in der Pfarrei Niederkirchen 395 Mark zusammen, im Dekanat Kusel 5.163 Mark. Im Frühjahr 1915 sammelten Leichtverletzte des Kuseler Lazaretts in Niederkirchen, Marth und Osterbrücken Lebensmittel für das Lazarett. Nach dem Kuseler Anzeiger stellte sich dabei die spendende Bevölkerung "das Zeugnis unversiegliger Opferwilligkeit" aus. Für die Kriegsinvaliden spendeten die Ostertalgemeinden im September 1915 einen Betrag von 650 Mark, anlässlich des "Opfertages" am 5. August 1917 den gleichen Betrag und bei "Deutschlands Spende für Säuglinge und Kleinkinderschutz" im Herbst 1917 264 Mark.

Während die Spenden durchweg sozialen Zwecken zugute kamen, dienten die Kriegsanleihen unmittelbar der Finanzierung des Krieges. Die Gesamtkosten des Krieges betragen für Deutschland rund 155 Milliarden Mark, die im Wesentlichen durch Kredite und Anleihen, also über eine Erhöhung der Geldmenge, finanziert wurden. Davon machten die neun Kriegsanleihen bei der Bevölkerung etwas mehr als 98 Milliarden Mark aus, das waren rund 60 Prozent. Bis 1916 verlief diese Art der Finanzierung relativ problemlos. Das Bürgertum legte seine Ersparnisse in Kriegsanleihen an, das war patriotische Pflicht. Dabei ging man selbstredend davon aus, dass nach Ende des Krieges die Gegner die Kosten des Krieges tragen müssten. Das bedeutete aber politisch, dass man auf einen Siegfrieden setzen musste und nicht etwa auf einen Verständigungsfrieden, bei dem die Kriegslast ja nicht hätte abgewälzt werden können. Die Folge davon war, dass man ab 1916, als die öffentliche Diskussion um die Kriegsziele begann, sehr viel mehr "Überzeugungsarbeit" zur Zeichnung der Kriegsanleihen leisten musste. Dies geschah teilweise mit wirtschaftlichen Argumenten und patriotischen Appellen, teilweise aber auch mit moralischem Druck.

Am 10. März 1915 rief der „Kuseler Anzeiger“ seine Leser auf: "Bürger in Stadt und Land, zeichnet die Kriegsanleihe! Wer nicht viel übrig hat, der zeichne wenig; viel wenig ergibt viel. Und viel Geld braucht das Vaterland, nur zu dem Zweck, den Krieg siegreich durchführen und unseren Besitz vor dem Feind zu retten. Wir in den westlichen Grenzgebieten hätten allen Grund, auf diese Weise ein geringes Opfer darzubringen, wenn die Herausgabe von verzinslicherem, rückzahlbarem Darlehen irgendwie als Opfer erscheinen sollte. Nun ist aber das Darlehen eine gut rentierende Anlage, und dass damit ein Risiko verbunden sein sollte, ist undenkbar." Die Zeichnung der Anleihen war bei verschiedenen Stellen möglich. So hatte die dritte Kriegsanleihe, die mit 5 Prozent verzinst werden sollte und Mitte 1915 endete, im Bezirk Kusel folgendes Ergebnis:

Distriktssparkasse Kusel: 1.057.200 Mark;

Distriktskassen des Bezirks Kusel: 1.166.000 Mark;

Postanstalten des Bezirks Kusel: 164.500 Mark.

Der bei der Distriktssparkasse Kusel gezeichnete Betrag von 1.057.200 Mark setzte sich zusammen aus Zeichnungen durch:

Privatpersonen: 606.600 Mark;

Gemeinden, Kirchen, Stiftungen: 200.600 Mark;

eigene Zeichnung der Sparkasse: 250.000 Mark.

Bei den Distriktskassen zeichneten insbesondere die Gemeinden und die drei Distrikte Kusel, Wolfstein und Lauterecken. Bei der Postanstalt Niederkirchen wurden 20.400 Mark, in Selchenbach 4.600 Mark

gezeichnet.

Zur vierten Kriegsanleihe appellierte der Kuseler Anzeiger am 2. März 1916: "Sie muss der große deutsche Frühjahrssieg auf dem finanziellen Schlachtfelde werden! Bleibe keiner zurück!" Als das Zwischenergebnis offenbar den Erwartungen nicht entsprach, wurde der Ton dringender: "Es ist Pflicht, Kriegsanleihe zu zeichnen! Der letzte Aufruf bringt die ernste Mahnung: Wer nicht zahlt, was er entbehren kann, verlängert den Krieg!" Am 4. September 1916 hieß es in einem "Aufruf zur erneuten Kriegsanleihe": "Von neuem ruft das Vaterland zum Kampf in der Heimat. Auch dieser Kampf muss gewonnen werden. Die letzte Hoffnung der Feinde, uns finanziell niederzuringen, werde zuschanden! Deshalb muss jeder Deutsche Kriegsanleihe zeichnen, soviel er kann. Auch der kleinste Betrag hilft den Krieg verkürzen. Kein Deutscher darf bei dem Aufmarsch der Milliarden fehlen!"

Kurz darauf benutzte man die Popularität des Chefs der Obersten Heeresleitung, Generalfeldmarschall von Hindenburg, um das Zeichnungsergebnis möglichst günstig zu gestalten. Am 11. September 1916 veröffentlichte der „Kuseler Anzeiger“ einen von Hindenburg handschriftlich verfassten Text: "Das deutsche Volk wird seine Feinde nicht nur mit dem Schwerte, sondern auch mit dem Gelde schlagen. Das wird die Kriegsanleihe beweisen." Anlässlich der sechsten Kriegsanleihe, die im April 1917 endete, wurden bei den Zeichnungsstellen im Bezirk Kusel insgesamt 4.635.985 Mark gezeichnet. Eine Übersicht der neun Kriegsanleihen ergibt für das Deutsche Reich einen Gesamtbetrag von über zehn Milliarden Mark und für die Pfalz 108 Millionen Mark.

Nach der Finanzverfassung des Reiches galt der Grundsatz, dass ein Drittel des umlaufenden Banknotenwerts durch Gold oder Devisen abgedeckt sein müsse. Diese Forderung blieb zwar im Krieg oft unbeachtet, was einer inflationären Entwicklung Vorschub leistete, gleichwohl versuchte der Staat auf die verschiedensten Weisen an die Goldmarkbestände, die in der Bevölkerung vorhanden waren, heranzukommen. Schon seit Kriegsbeginn tauschten die Geldinstitute den Bürgern kein Papiergeld mehr in Goldmark um. Vielmehr hieß es in öffentlichen Aufrufen: "Der letzte Rest des Goldes muss für das schwer bedrohte Vaterland nutzbar gemacht werden. Deshalb ergeht immer wieder der Ruf: Heraus mit dem Gold!" Die öffentlichen Stellen waren angewiesen, dem zahlenden Bürger möglichst Goldgeld abzuverlangen. So nahm im November 1914 der Selchenbacher Postagent Müller 3.000 Mark in Gold ein, bis Anfang Februar 1915 waren es weitere 1.200 Mark. Als der Rechner des Konsumvereins Ostertal, Karl Metzler aus Saal, im März 1915 in einem Werk eine größere Bestellung aufgab, machte der Werksdirektor die Lieferung von der Bezahlung in Goldmark abhängig. Und damit hatte er nicht falsch spekuliert: "Im Nu hatte der rührige Vereinsrechner den erforderlichen Betrag von 3090 Mark in gelbem Edelmetall gesammelt. Darunter waren ganz ansehnliche Beträge von Einzelpersonen, was wiederum den Beweis liefert, daß der Goldbestand bei der bäuerlichen Bevölkerung noch ein ganz ansehnlicher ist."

Im Juli 1915 zog die Presse eine Zwischenbilanz. Schon über 900 Millionen Mark an Goldmünzen waren der Reichsbank seit Kriegsausbruch zugeflossen: "Aber über eine Milliarde befindet sich noch in den Spartöpfen des deutschen Volkes. Diese zurückgehaltenen Goldmünzen bringen der Allgemeinheit gar keinen, den Besitzern nur wenig Nutzen. Reichsbahnknoten würden denselben Zweck erfüllen, da sie gesetzliches Zahlungsmittel sind. In den Kassen der Reichsbank dagegen nützt das Geld dem ganzen Volk, da hilft es unsere Feinde niederringen." Über diese patriotischen Appelle hinaus bot man ab Oktober 1915 auch finanzielle Anreize, um "das letzte Goldstück durch Einlieferung an die Reichsbank dem Vaterlande dienstbar" zu machen. Die Geldinstitute stellten über Einlagen, die in Gold geleistet wurden, besondere Sparbücher aus und verzinsten die Beträge auf die Dauer von zwei Jahren mit 5 %. In der Folgezeit wurde das Thema "Goldwährung" in der Presse nicht weiter thematisiert, was darauf schließen lässt, dass dem Anliegen des Staates weitgehend Rechnung getragen war.



Kriegspostkarte aus
Niederkirchen i.O., 1916
(Privatbesitz)

Die Verbindung zwischen den Soldaten im Feld und ihren Familien oder Bekannten in der Heimat konnte durch die kostenlose Feldpost gehalten werden. Post an die bayerischen Truppenteile wurde ausschließlich der Feldpostsammelstelle Landau zugeführt, die übrige an die Feldpostsammelstelle Karlsruhe. Im Jahr 1915 liefen in Landau täglich 70.000 Briefe und 34.000 Päckchen durch, in der Vorweihnachtszeit waren es sogar mehr als 60.000 Päckchen. Manche Soldaten waren so eifrig Schreiber, dass bei ihnen zu Hause ansehnliche Sammlungen von Postkarten – zum Teil mit Fotos von den Einsatzorten – entstanden, die heute noch vorhanden sind. Grüße wurden mitunter aber auch über die Zeitungen versandt. So hieß es etwa am 12. Juli 1915 im „Kuseler Anzeiger“: Aus den Vogesen grüßen die Osterbrücker Landwehrleute Karl Müller, Karl Lensch, Karl Renner und Ludwig Karst. Es fehlt ihnen nichts als das gute Kuseler Bier.“

Bald nach Beginn des Krieges machten die deutschen Truppen an den Fronten Gefangene. Hauptsächlich waren es Franzosen und Russen. Für den Bereich der Pfalz wurden in Landau und Germersheim große Gefangenenlager eingerichtet, in denen im Verlaufe des Krieges jeweils zwischen 3000 und 9000 Insassen untergebracht waren. Da in der Industrie wie in der Landwirtschaft großer Mangel an Arbeitskräften herrschte, wurden schon bald Kriegsgefangene zur Arbeitsleistung herangezogen. Im

Ostertal spekulierte man im Oktober 1914, ob beim Bau der geplanten Ostertaleisenbahn die Grundarbeiten nicht von Kriegsgefangenen ausgeführt werden könnten. "Die Idee wäre nicht schlecht", meinte der Kuseler Anzeiger. "Für viele eigentlich unnütze Esser wäre Verwendung gefunden. Die zur Ausführung reife Maßnahme brauchte keine Verzögerung zu erleiden, und die fertige Bahn könnte einen kleinen strategischen Vorteil bedeuten." Doch soweit kam es nicht, der Ostertalbahnbau wurde erst zwei Jahrzehnte später realisiert.

Voraussetzung für die Zuteilung eines Kriegsgefangenen war ein Antrag des Auftraggebers, der einen Bedarf nachweisen musste. Bei einem Einsatz in der Nähe der Gefangenenlager mussten die Arbeitskräfte abends wieder ins Lager einrücken. Anders war es bei Einsätzen in entfernteren Gegenden. Hierbei wurden die Gefangenen als Arbeitskommando in einer Gemeinschaftsunterkunft am Arbeitsort untergebracht und von Wachkommandos bewacht. Im Frühjahr 1916 waren etwa den sieben Gemeinden des mittleren Ostertals insgesamt 48 Kriegsgefangene zugeteilt. Es handelte sich ausnahmslos um Russen, von denen 40 aus dem Lager Germersheim und acht aus dem Lager Landau kamen. Alle wurden in landwirtschaftlichen Betrieben eingesetzt. Wachkommandos wurden in Niederkirchen, Selchenbach und auf dem Königreicher Hof eingerichtet.

In der Pfalz wurden im Allgemeinen die Russen lieber beschäftigt als die Franzosen, da sich die ersteren als ruhige und willige Arbeiter erwiesen, die Franzosen dagegen in einem anspruchsvolleren, oft arroganten Auftreten nicht immer leicht zu behandeln waren. Der Umgang mit den Gefangenen war in zahlreichen Vorschriften geregelt. Hinsichtlich der Ernährung hieß es 1914 in einem Merkblatt, "dass die Beköstigung der Kriegsgefangenen in der Landwirtschaft keine reichlichere und bessere sein darf als die der einheimischen Landarbeiter; wo möglich, ist sie einfacher zu gestalten. Wer Kriegsgefangene zu reichlich ernährt, leistet den Aushungerungsplänen unserer Feinde Vorschub und versündigt sich am eigenen Volk." Bei Brot, Mehl, Fleisch, Wurst, Kartoffeln und Zucker standen den Gefangenen allerdings die gleichen Rationen zu wie der einheimischen Bevölkerung. Manchmal trafen auch unterschiedliche Essgewohnheiten aufeinander. Als ein in Selchenbach arbeitender russischer Kriegsgefangener sah, dass die Einheimischen gebratene Froschschenkel verzehrten, rief er entsetzt aus: "Ääh, deutsches Ekel frisst Quack-Quack!"

Für die Arbeiten in der Landwirtschaft erhielt jeder Gefangene vom Arbeitgeber einen Tageslohn von 30 Pfennig. Obwohl der Bauer die Verpflegung stellen und möglicherweise auch anteilige Kosten für das Wachkommando tragen musste, war das für ihn doch ein recht einträgliches Geschäft. Denn er erhielt vom Staat einen Verpflegungskostenzuschuss von 60 Pfennig pro Tag und brauchte sich keinen Tagelöhner zu halten, dessen Stundenlohn schon 30 Pfennig betragen hätte. So kam es vor, dass Bauern versuchten, Kriegsgefangene mit heimlichen Zuwendungen bei sich zu behalten. Das stellvertretende Generalkommando des II. Bayerischen Armeekorps sah sich daher veranlasst, vor der Gefahr zu warnen, den Kriegsgefangenen "als einen wohlgesinnten Hausgenossen zu betrachten und danach zu

behandeln." Dem Gefangenenlager Landau kam im Dezember 1917 zu Ohren, dass in manchen Ortschaften die Arbeitsleistungen der Gefangenen gesunken seien, dass diese ungezogen statt bescheiden wären und förmlich Bedingungen stellen würden, unter denen sie arbeiten wollten: "Diese Missstände rühren zum großen Teile daher, dass die Arbeitgeber den Anforderungen der Kriegsgefangenen zu sehr nachgeben (...) Gegebenen Falles müsste das ganze Arbeitskommando oder einzelne Leute nach einem anderen Orte gegen Ersatz verschoben werden, sofern die Gefangenen durch langen Aufenthalt in einer Gemeinde zu sehr heimisch geworden sind."

Doch nicht überall waren die Verhältnisse für die Gefangenen so gut wie in der Landwirtschaft. In den großen Lagern mehrten sich die Fälle, wo Gefangene an Unterernährung starben. Auch in der Industrie waren die Arbeitsbedingungen ungleich härter als in der Landwirtschaft. Ende Februar 1918 flüchtete der russische Kriegsgefangene Alexander Bilayoff von seiner Arbeitsstelle in der Grube Reden. In der Nacht zum 3. März brach er in den Postschuppen der Wirtschaft Rübel und in das Wohnhaus des Hüttenarbeiters Ludwig Klöckner in Niederkirchen ein und stahl verschiedene Kleidungsstücke und Lebensmittel. Der Niederkircher Gendarm Ernst Jung konnte den Täter aber bald ermitteln und festnehmen.

Bereits im August 1915 war auf dem Königreicher Hof ein russischer Kriegsgefangener beim Getreidedreschen "so unglücklich in die Dreschmaschine (gekommen), dass ihm die eine Gesichtshälfte abgerissen wurde." Trotz sofortiger Einlieferung in das Krankenhaus St. Wendel erlag der Mann am 21. August seinen schweren Verletzungen. Am 20. November 1918, also schon nach Kriegsende, verstarb im Gemeindehaus in Niederkirchen der ehemalige russische Kriegsgefangene Simon Lestsepow. Er war 41 Jahre alt, verheiratet und stammte aus Kurtowitsch im russischen Gouvernement Orel. Über die Umstände seines Todes ist nichts bekannt.

Kriegswirtschaft und Versorgung der Bevölkerung

Der Krieg war von Anfang an nicht nur eine militärische Auseinandersetzung, sondern auch ein Wirtschaftskrieg. Die deutsche Volkswirtschaft lebte nicht nur von Exporten, sondern war in hohem Maße auch auf Importe angewiesen. Das galt besonders für Rohstoffe wie Nichtedelmetalle, Woll- und Baumwollfasern, Kautschuk, Salpeter, Schwefel und Erdöl. Noch problematischer war die Importabhängigkeit auf dem Ernährungssektor. Trotz der international hohen Produktivität und der weit entwickelten Anbautechnik vor dem Krieg war der Selbstversorgungsgrad der deutschen Ernährungswirtschaft zunehmend gesunken. Importiert wurden vor allem Futtergrundstoffe und Futtermittel, Stickstoffdüngemittel, Phosphate und nicht zuletzt Nahrungsmittel für die Bevölkerung, besonders Pflanzenfette und Milchprodukte.

Mit dem Beginn des Krieges und der darauf einsetzenden britischen Seeblockade wurde Deutschland von 20 Prozent seiner Nahrungsgüter abgeschnitten. Dazu sank die eigene Agrarproduktion auf Grund

des zunehmenden Mangels an Arbeitskräften, an Arbeitstieren (Pferde, die das Militär requirierte), an Maschinen und an Düngemitteln. Die Folgen waren Knappheit und Mangel. Zu den wichtigsten Wirtschaftsgütern wurden allerdings die Rüstungsgüter, zum größten Abnehmer der Staat. Dieser war auf die Rüstungsgüter angewiesen und wollte ihre Herstellung nicht den Produzenten alleine überlassen. Der Markt, das Spiel von Angebot und Nachfrage, war damit nicht mehr funktionsfähig. Es ging um eine gleichmäßige, jedoch nach Kriegswichtigkeit gestaffelte Versorgung. Aus der früheren Marktwirtschaft wurde immer mehr eine Planwirtschaft.

Zunächst hatte es in der Erwartung eines kurzen Krieges in der Sicherung der Ernährung noch eine gewisse Sorglosigkeit gegeben. Aber bereits im Winter 1914/15 kam es zu ersten Mangelercheinungen im Lebensmittelsektor. In Kusel etwa richtete der Frauenverein des Roten Kreuzes an 75 Tagen eine öffentliche Suppenküche ein zur Speisung der Kinder der Kriegsteilnehmer und der ärmeren Einwohner. Täglich wurden 600 Teller Suppe verabreicht, insgesamt waren es 45.000 Teller.

Bald setzten staatliche Zwangsmaßnahmen ein, zunächst hinsichtlich der Ausmahlquote und der Preisfixierung von Getreide. Wenig später wurden auch Höchstpreise festgelegt für Butter, Fleisch und Zucker, schließlich für alle wichtigen Lebensmittel. Die Preisbindung erwies sich jedoch als wenig wirkungsvoll, denn viele Landwirte verlegten jetzt ihre Erzeugung auf andere, noch "freie" Produkte oder sie boten ihre Güter auf dem Schwarzmarkt an, der sich als Kehrseite der Höchstpreispolitik sofort gebildet hatte. Oft verschwand nach der Festsetzung eines Höchstpreises das entsprechende Produkt zumindest für einige Zeit gänzlich vom Markt. Für die Bevölkerung war entscheidend, dass sie schon bald nach Kriegsbeginn mit einer Rationierung der Lebensmittel, mit immer begrenzteren Zuteilungen leben musste. So führte im Februar 1915 Berlin als erste deutsche Stadt die Brotkarte ein. Schnell ergriff die Rationierung alle zunächst noch "freien" Güter, vor allem Fleisch und Milch. Auch dafür gab es dann Lebensmittelkarten. Nach einer missratenen Kartoffelernte im Herbst 1916 erreichte der Mangel an Lebensmitteln und damit der Hunger der Menschen im Winter 1916/17 seinen Höhepunkt; es war der berüchtigte „Steckrübenwinter“. Nicht zuletzt hierdurch wurde die Kriegsbereitschaft der deutschen Bevölkerung entscheidend geschwächt.



Zucker-Karte des
Kommunalverbands Kusel,
1918

Ein weiterer Ansatz der staatlichen Bewirtschaftung war die Schaffung neuer Verwaltungen. Es entstanden "Reichsstellen", "Landesstellen" und "Kreisstellen" für die verschiedensten

Bewirtschaftungsgebiete: für Brotgetreide und Mehl, für Obst und Gemüse, für Kartoffeln, Milch, Fett und Eier. Es gab Preisprüfungsstellen und ein Kriegswucheramt. Der Schwerpunkt der Feststellung von Bedarf und Überschuss an Lebensmitteln aber lag bei den so genannten Kommunalverbänden. In den Ausführungsbestimmungen zur Reichsgesetzgebung vom 25. Januar 1915 hieß es: "Kommunalverbände sind Distriktsgemeinden und kreisunmittelbare Städte." Umfasste ein Bezirksamt mehrere Distriktsgemeinden, so bildeten diese gemeinsam einen Kommunalverband. Im Bezirk Kusel mit seinen drei Distrikten (Kusel, Lauterecken, Wolfstein) gab es somit nur einen Kommunalverband, der seinen Sitz in Kusel hatte. Das Personal wurde vom Bezirksamt gestellt.

Zu den Geschäftsaufgaben der Kommunalverbände gehörte die Bereitstellung von Lagerhäusern, die Einstellung von Lagerhaltern und Kommissionären, der Ankauf und die Lagerung der Produkte, die Versicherung der Lagerbestände, der Abschluss von Verträgen mit Mühlen, die Beschaffung der erforderlichen Geldmittel und nicht zuletzt die Buchführung. Bis 1916 wurden die Grundnahrungsmittel nach der Bevölkerungszahl festgelegt, sie sollten für jedermann in möglichst gleichem Maße zur Verfügung stehen. Da es in den verschiedenen Kommunalverbänden jedoch hinsichtlich der Zahl der Selbstversorger bzw. der Versorgungsberechtigten erhebliche Unterschiede gab, wurde Ende 1916 ein Bedarfsklassensystem eingeführt. Der Kommunalverband Kusel mit seiner landwirtschaftlich geprägten Struktur wurde der niedrigsten Bedarfsklasse (A: verhältnismäßig geringer Bedarf mit bis zu 60 Prozent Versorgungsberechtigten) zugeordnet.

Da die Verteilung der Güter und Lebensmittel durch die Behörden geregelt wurde, mussten in vielen Fällen zunächst die vorhandenen Vorräte erfasst werden. So hieß es etwa in einer Bekanntmachung der bayerischen Regierung vom 13. November 1918: "Am 16. November findet in sämtlichen Gemeinden des Deutschen Reiches die Erhebung der Vorräte von Brotgetreide, Hafer, Gerste und Mehl statt. Die Ergebnisse sind für die weiteren kriegswirtschaftlichen Maßnahmen zur Sicherstellung der Volksernährung und der Viehfütterung von ausschlaggebender Bedeutung." In kleineren Gemeinden wurden die Erhebungen vom Adjunkten oder vom Schullehrer durchgeführt.

Um die Richtigkeit der Feststellungen zu kontrollieren, führten die Behörden mitunter zusätzliche Stichproben durch. Dabei stellte sich nach einer Viehzählung in Bubach im März 1918 heraus, dass bei der Nachkontrolle im Anwesen Anna Cullmann statt der von der Kommission gezählten zwei Schweine nunmehr sechs vorhanden waren. Dies führte zu einer Strafanzeige gegen die Eigentümerin wegen Verheimlichung von Vieh. Und der Zähler - diesmal war es der Ortsadjunkt - erhielt vom Kuseler Bezirksamtman eine Rüge: "Die Vernehmung hat ergeben, daß Sie als Aufnahmekommissär nicht mit der nötigen Sorgfalt und Genauigkeit zu Werke gegangen sind. Dass gleich vier Schweine ihrer Aufmerksamkeit entgehen konnten, ist mir unverständlich. Ich sehe mich daher veranlaßt, Sie darauf hinzuweisen, in Ihrer amtlichen Tätigkeit die gebotene Gewissenhaftigkeit und Objektivität zu beachten." Auch in Selchenbach wurden Unregelmäßigkeiten festgestellt. Der Landwirt Jakob Klein zog

sich durch falsche Angaben und Verheimlichung von Vorräten bei der Aufnahme eine Geldstrafe von 30 Mark, ersatzweise fünf Tagen Gefängnis, zu.

Nach den Ergebnissen der Erhebungen richteten sich die weiteren Maßnahmen der Behörden. Möglich waren etwa Beschlagnahmungen von Ernteerträgen, Ausfuhrverbote, Lieferungsverpflichtungen, Höchstpreisfestsetzungen oder Verbrauchsrationierungen. Bei den Rationierungen wurden neben der allgemeinen Bevölkerung noch die Kategorien des Schwerarbeiters und des Schwerstarbeiters eingeführt. Die beiden Letzteren erhielten gestaffelte Lebensmittelzulagen, um die Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft zu gewährleisten. Die Berg- und Hüttenarbeiter an der Saargrenze gehörten in die Schwerstarbeiterkategorie.

Da es in den verschiedenen Bundesstaaten unterschiedliche Rechtsvorschriften für die Ernährung und Versorgung der Bevölkerung gab, entwickelten sich bald Schwarzhandel und Schmuggel. Insbesondere unterschiedliche Höchstpreisfestsetzungen förderten diese Erscheinungen. Im August 1916 klagte der „Kuseler Anzeiger“: "Immer wieder läßt sich unsere Landbevölkerung verleiten, den zu ihren kommenden Einhamstern aus dem Saargebiet Vorschub zu leisten, indem sie diesen Leuten die gewünschten Lebensmittel zu übertriebenem Preis verkauft und damit ihre eigene Bestrafung riskiert." Die Landespreisprüfungsstelle erkannte das Problem durchaus: "In der Tat beschäftigen sich nicht einzelne, sondern Hunderte von Leuten mit dem Lebensmittelschmuggel über die preussische und lothringische Grenze nach Neunkirchen, Saarbrücken, Saargemünd. Bei der Einträglichkeit des Geschäfts ist das nicht zu verwundern (...)" Das Bezirksamt Homburg berichtete, es könne "ohne Übertreibung sagen, daß durch Schmuggel täglich mehr Butter ins Saargebiet wandert, als in meinem Amtsbezirk abgesetzt wird." Im Bezirk Kusel mehrten sich die "Klagen über Aufkäufe durch wohlhabende Leute der Umgebung. Diese erscheinen manchmal mit ihren Herrschaftswagen auf den Dörfern, wo nahezu unglaubliche Überpreise für Butter, Milch, Kartoffeln usw. bezahlt werden. (...) Diese Leute sind schuld, daß die Landwirtschaft mit ihren Erzeugnissen zurückhält. Sie kennen nur die eigene Person und fragen nicht danach, ob auch ihre Nebenmenschen solche Preise ausgeben können."

Das Verschwinden großer Mengen von Lebensmitteln aus der Pfalz führte 1917 zu einem Bericht der Bayerischen Lebensmittelstelle an das Innenministerium in München. Seit langem beobachtete man den Schmuggel, insbesondere aus den an das Saargebiet grenzenden Bezirksämtern, darunter auch Kusel. Die Lebensmittelstelle entsandte auch einen Mitarbeiter, der vor Ort Erkundigungen einziehen sollte. Dieser berichtete dann: "Die Bewohner aus dem Saargebiet besuchen mit Rucksäcken usw. die Pfalz und schleppen nachts die Lebensmittel über die Grenze. Auch Fuhrwerke nicht selten und gleichfalls zur Nachtzeit in das bayerische Gebiet, um dort bereitgestellte Vorräte aufzunehmen. Die Preise, die hierfür gezahlt werden, sind so, daß man etwaige Unannehmlichkeiten gerne mit in Kauf nimmt." "Die meisten Hamsterer und Schleichhändler werden nicht erwischt", schrieb der „Kuseler Anzeiger“ kurz vor Kriegsende. Nur hier und da gelinge ein guter Fang: "So hielten Hilfsgendarmen nachts in der Nähe der

pfälzisch-preußischen Grenze ein Fuhrwerk an, das sieben Zentner Weizen geladen hatte, der nach dem Preußischen gebracht werden sollte. Die Frucht war in Langenbach zu 70 Mark den Zentner aufgekauft worden. Leute, die ziemlich gut unterrichtet sind, behaupten, daß im letzten Jahr wohl die Hälfte der Getreideernte beiseite geschafft wurde."



Sammelstelle Bucheckern
(Thalmann)

Da es in den meisten Bereichen des Ernährungswesens Knappheit und Mangel gab, versuchte man, so viele Reserven wie möglich zu mobilisieren. Als im Winter 1916/17 die Kartoffeln fehlten, mussten Kohlrüben als Ersatz herhalten. Man versuchte auch, den Hungernden die Runkelrübe als Nahrungsmittel schmackhaft zu machen. Den Mangel an Öl und Fett suchte man durch die Nutzung von Bucheckern zu verringern. Auch Obstkerne dienten zur Ölgewinnung. Im Juni 1916 forderte der Kuseler Anzeiger vor allem die Schuljungen zum Sammeln der Kerne von Kirschen, Zwetschgen, Mirabellen, Reineclauden und Aprikosen auf: "In großen Mengen nützen sie zur Ölbereitung. Sammler erhalten für jedes Kilo 10 Pfennige." Der Werschweiler Schullehrer notierte: "Da es dieses Jahr hier keine Kirschen und Pflaumen gab, konnten nur Zwetschgenkerne in Betracht kommen. Die Schulkinder sammelten 325 Pfund."

Eicheln wurden als Volksnahrungsmittel gepriesen: "Bei besonderer Behandlung und entsprechender Zubereitung können Sie für menschliche Zwecke genießbar gemacht werden. Das bedeutet eine wertvolle und äußerst billige Ergänzung unserer Volksernährung im Kriege, aber auch darüber hinaus. Die Eichel hat einen ähnlichen Nährwert wie Hülsenfrüchte und kommt im Geschmack der eßbaren Kastanien nahe." Für den Doppelzentner Eicheln wurden 19 Mark, für dieselbe Menge Esskastanien 15 Mark bezahlt. Zur Herstellung von Kaffeeersatz diente die Frucht des Weißdorns, die Mehlbeere. Das Kilogramm luftgetrockneter Früchte brachte dem Sammler 20 Pfg. Die Werschweiler Schule sammelte auch Brombeeren und Brennnesselstängel.

Im Sommer 1918 trat neben dem Mangel an Lebensmitteln auch eine Verknappung des Viehfutters auf: "Wie in anderen Bundesländern, soll jetzt auch in der Pfalz die Gewinnung von Frischlaub als Futtermittlersatz möglichst rasch durchgeführt werden. Infolge der schlechten vorjährigen Haferernte sind die Futtermittel für die Pferde so knapp, daß wir ohne Frischlaubersatz bis zur nächsten Ernte nicht auskommen", schrieb der „Kuseler Anzeiger“. Der Werschweiler Lehrer schilderte die Sammlung durch die Schulkinder: "Das Laub von Eichen, Buchen, Birken und anderen Bäumen wurde von den Kindern

grün abgestreift, in Säcke gestopft und dann nach Hause gebracht. Zuerst trockneten wir das so gesammelte Laub auf dem Turnplatz. Später nahm jedes Kind sein Laub mit nach Hause, um es nachher, wenn das Laubheu abgerufen wurde, in großen Papiertüten abzugeben. Zuerst wurde an den Wochentagen nur nachmittags gesammelt. Als der Ruf aber dringender wurde, mußten auch ganze Tage gesammelt werden. Daneben lief auch die Teeblättersammlung: hauptsächlich Himbeer-, Brombeer- und Erdbeerblätter. An Laubheu wurden von hiesiger Schule allein 19 Zentner abgeliefert, mit der Schule in Dörrenbach 38 Zentner. Die Teeblättersammlung betrug mit Dörrenbach 119 Kilogramm, die Brennesselsammlung 5 Zentner. Ein Zentner Laubheu wurde mit 17 Mark bezahlt."

Sonstige Beschlagnahmen und Einschränkungen

Bei den Maßnahmen zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln hat es zahlreiche Enteignungen durch staatliche Behörden gegeben. So wurde zum Beispiel im Juli 1915 die gesamte Ernte an Brotgetreide durch Bundesratsbeschluss beschlagnahmt. Das Getreide musste sicher verwahrt werden, jede Verfügung darüber war verboten. Auch auf anderen Gebieten gab es solche Zwangsmaßnahmen. So beschlagnahmte etwa das stellvertretende Generalkommando des II. Bayerischen Armeekorps im September 1915 den gesamten Wollertrag der deutschen Schafschur und die Wollvorräte aller deutschen der Gerbereien. Damit genügend weiches Holz für Gewehrschäfte zur Verfügung stand, wurden 1916 alle stehenden Walnussbäume beschlagnahmt.

Mit zunehmender Kriegsdauer wurde deutlich, dass auch Ersatzmetalle beschafft werden mussten. Besonders gefragt waren Kupfer, Zinn und Aluminium, auch in den Legierungen Bronze und Messing. Nach und nach wurden daher Bauteile, Einrichtungs- und Haushaltsgegenstände beschlagnahmt und gegen einen festen Preis übernommen. Als das noch immer nicht genügte, mussten auch Kirchen- und Schulglocken herangezogen werden. Am 1. März 1917 erschien eine Bekanntmachung zur "Beschlagnahme, Bestandserhebung und Enteignung sowie freiwilligen Ablieferung von Glocken aus Bronze". Die Erhebung ergab für die Pfalz insgesamt 2.213 Glocken, für den Bezirk Kusel 180. Von der Abgabe befreit waren Glocken, die vor 1770 entstanden waren oder einen besonderen wissenschaftlichen, geschichtlichen oder künstlerischen Wert besaßen. Glocken mit nur mäßigem Wert wurden zunächst zurückgestellt. Abgeliefert werden mussten 1.216 pfälzische Glocken, das waren 54,8 %. Im Bezirk Kusel mussten 125 Glocken abgegeben werden, das waren knapp 70 Prozent. Vor der Abnahme zweier Kuseler Glocken am 23. Juli 1917 rief Dekan Karl Munzinger in seiner Predigt: „Noch mutet es uns schier wie blutiger Hohn an, wenn auf der einen von ihnen geschrieben steht ‚Friede sei mein stet‘ Geläut‘. Es geht uns gegen jegliches Gefühl, dass sie, die wie nichts anderes den Frieden predigen und wunde Herzen heilen sollten, in grausigem Morden Leiber zerreißen und nie vernarbende Wunden schlagen sollen. Der Prophet spricht einmal davon, dass einst die Spieße zu Sichel und die Schwerter zu Pflugscharen werden. Heute sind wir so weit von dem uralten Menschheitstraum entfernt, dass die harmlosen Geräte des Alltags zu Waffen, die friedlichen Glocken zu todspeienden Geschützen

werden müssen. Das ist furchtbar. Aber die harte Not des Vaterlandes kennt kein Gebot. So beugen wir uns in Gehorsam heute, wo es in anderem Sinne gilt: Der Meister ist da und ruft dich.“

Petroleum, mit dem auf dem Land abends noch die Stube beleuchtet wurde, war schon gleich nach Kriegsbeginn knapper geworden. Ende Januar 1915 schrieb der Kuseler Anzeiger: "Das zunehmende Tageslicht wird nicht nur wegen des Petroleumnotstands freudig begrüßt." Der Bundesrat setzte für den Liter Petroleum im Kleinverkauf einen Höchstpreis von 32 Pfg. fest, tatsächlich bewegte sich der Verkaufspreis aber bei 63 bis 65 Pfg. Im Oktober 1915 wurde Petroleum schließlich rationiert. Die Gemeinden wurden ermächtigt, Bezugskarten auszugeben.

Da es an Personal und Pferden mangelte, wurde der Postkutschenverkehr zwischen Kusel und dem Ostertal am 1. März 1916 eingeschränkt. Statt bisher zwei Fahrtenpaaren am Tag gab es nur noch eins. Außerdem entfiel die Verlängerung der Linie von Niederkirchen nach St. Wendel. Da diese Einschränkungen aber "allenthalben als ungenügend empfunden" wurden, machte man sie ab 1. Mai 1916 wieder rückgängig, was "lebhaft begrüßt" wurde.

Bei der Lieferung von Lebens- und Futtermitteln machte sich immer mehr ein Mangel an Säcken bemerkbar. Mitunter kam es dazu, dass die Zuweisung bestimmter Gegenstände von der Stellung von Säcken abhängig gemacht wurde. Um den Verbrauch von Bier einzuschränken, wurden verkürzte Ausschankzeiten festgelegt. An Werktagen durfte von 14 bis 18.30 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 14 bis 16 Uhr kein Bier abgegeben werden. Für Jugendliche unter 17 Jahren erließ das stellvertretende Generalskommando ein Rauchverbot, der Vertrieb von Rauchwaren durch Warenautomaten war generell untersagt. Um Gummi einzusparen, durften ab Juni 1916 Fahrräder nicht mehr zu Vergnügungsfahrten, zum Beispiel zu Spazierfahrten und Ausflügen, genutzt werden. Schließlich wurden im April 1918 alle öffentlichen und geschlossenen Tanzunterhaltungen verboten. Selbst beim Totenkult wurde zu sparen versucht. Zur Begleitung von Leichen durften keine Bezugsscheine ausgegeben werden, Leichentrunk und Leichenschmaus waren untersagt.

Die letzte Phase des Krieges ließ den Mangel auf allen Gebieten hervortreten. Während die städtische Bevölkerung stärker mit dem Hunger zu kämpfen hatte, war das Leben auf dem Lande von härtester Arbeit vor allem der Frauen bestimmt. Von Siegeszuversicht war keine Spur mehr zu erkennen. Die Menschen befürchteten einen neuen Kriegswinter und sehnten sich nach Frieden. Und doch löste das Eingeständnis der Obersten Heeresleitung Anfang Oktober 1918, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen sei, Überraschung aus. Der Grund lag darin, dass die offiziellen Stellen bisher nur Siegeszuversicht und Erfolgsmeldungen verbreitet hatten. Auch die Kuseler Zeitungen hatten sich stets an diese Vorgaben gehalten.

Nachdem der Waffenstillstand am 11. November 1918 abgeschlossen worden war, wurden die deutschen Heere in die Heimat zurückgeführt. Von der Westfront aus zogen unzählige Einheiten durch die Pfalz

nach Osten. Der Werschweiler Lehrer notierte im Schultagebuch: "Alle Tage, ununterbrochen von morgens früh bis spät am Nachmittag, marschierten Truppen durch: Infanterie, Artillerie, Fuhrparks, Autokolonnen und viel mehr. Der Ort lag (ab 19. November) immer voll mit Militär." Dieser Zustand hielt bis 27. November an. Wenige Tage später folgten die Franzosen. Am 2. Dezember rückte ein Bataillon mit 640 Mann in die Ortschaften Saal, Niederkirchen und Marth ein, wo sie Quartier nahmen. Hier blieben sie drei Tage, bis zum 5. Dezember. An diesem Tag durchzogen von morgens 6 Uhr an fortwährend französische Einheiten das Ostertal in Richtung Kusel und Mainz; die Durchmärsche dauerten bis zum 10. Dezember. In Kusel stationierten die Franzosen ein Bataillon und richteten eine Bezirkskommandantur ein. Bald war das ganze Rheinland besetzt, das sichtbarste Zeichen der deutschen Niederlage im Krieg.

Literatur- und Quellenhinweise:

- Hans Kirsch, Der Erste Weltkrieg (1914 – 1918), in: Hans Kirsch/Klaus Zimmer, Chronik des mittleren Ostertals, Band 3, Niederkirchen, 2001, S. 144 – 174. Dort weitere Quellenhinweise.
- Thalmann, Heinrich, Die Pfalz im Ersten Weltkrieg, Kaiserslautern, 1990.

Verfasser: Hans Kirsch

erstellt am: 09.12.2016

red. Bearb. KT